

In der Stasi-Haft in den Tod getrieben

Der DDR-Dissident Matthias Domaschk kam 1981 im Stasi-Gefängnis Gera ums Leben – angeblich Suizid. Ein neues Buch zeigt viele Widersprüche auf, die Todesursache bleibt aber ungeklärt.

Von Eike Kellermann

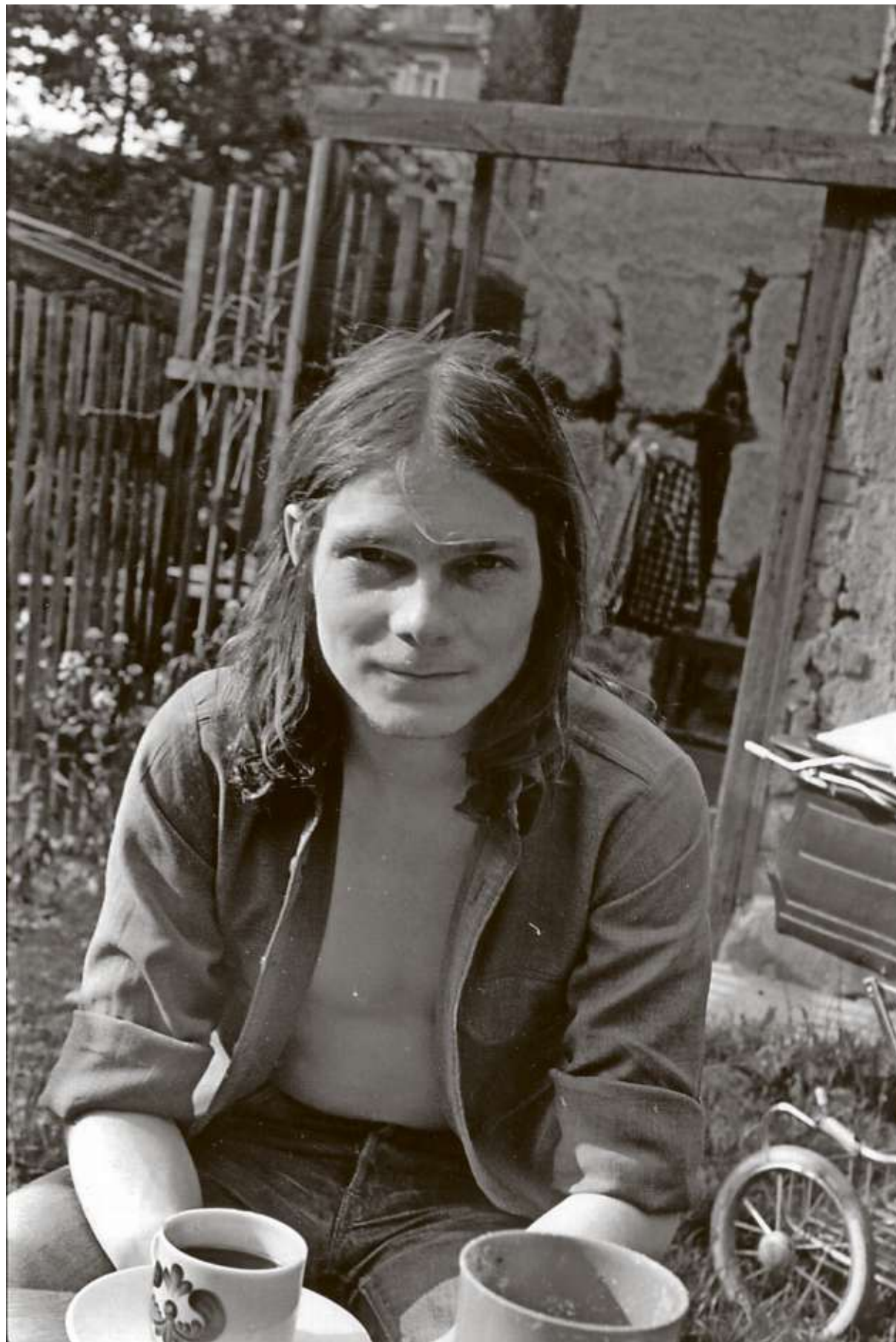
Erfurt – Es ist Freitagabend, der 10. April 1981. Der 23-jährige Matthias Domaschk aus Jena und dessen Freund Peter Rösch fahren mit dem Zug nach Berlin zu einer Party von Freunden. Die Stasi holt sie in Jüterbog aus dem Zug. Der DDR-Geheimdienst ist vor allem hinter Rösch her, der als Dissident mit dem Operativen Vorgang „Qualle“ zersetzt und kriminalisiert werden soll, wie der Historiker Henning Pietzsch sagt, der auch schon in der Gedenkstätte Point Alpha tätig war.

Pietzsch hat ein neues Buch vorgelegt, das die Umstände des Todes von Matthias Domaschk erneut untersucht. Demnach werden die beiden jungen Männer nach Verhören in Jüterbog am darauf folgenden Samstag, dem 11. April 1981, nach Gera gebracht, wo sie gegen 23 Uhr im Untersuchungsgefängnis der Stasi eintrifft. Ein Spalier aus Uniformierten begrüßt sie mit Schlagstöcken, beschrieb Rösch später die furchteinflößende nächtliche Szenerie.

Zweifel an Todesursache

Sofort beginnen Verhöre. Sie dürfen nicht schlafen, bekommen kaum etwas zu essen und zu trinken. Sonntagmittag, es ist der 12. April 1981, ist Domaschk offenbar so zermürbt, dass er angeblich eine Verpflichtungserklärung als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi unterschreibt. Dann wird er in den Raum 121 des Gefängnisses gebracht, wo er auf seinen Rücktransport nach Jena warten soll. Kurze Zeit darauf ist der Vater einer kleinen Tochter, der nach Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung 1977 schon einmal von der Stasi verhaftet worden war, tot. Er hat sich angeblich mit dem Ärmel seines Hemdes an einem Heizungsrohr selbst erhängt.

Autor Pietzsch recherchierte in alten Gebäudeplänen, dass Raum 121 das Treppenhaus des Stasi-Gefängnisses war. Dort sollte der Festgenommene warten? Das ist einer von etlichen Widersprüchen, die der Historiker bei der Auswertung der verfügbaren Unterlagen gefunden hat, es handelt sich um Stasi-Akten, staatsanwaltliche Ermittlungen nach der Wende und andere Buch-Veröffentlichungen. Widersprüche gibt es



Matthias Domaschk aus Jena starb 1981 in Stasi-Haft.

Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft/Wolfgang Diete/RHG_Fo_HAB_11176

dem Autor zufolge nicht nur beim Ort des Todes, sondern auch bei den Zeitabläufen und den beteiligten Stasi-Leuten. Die Stasi-Akte zu dem Todesfall sei auffallend schmal, es habe keine Untersuchung nach dem mutmaßlichen Suizid gegeben. Zudem hat Charité-Gerichtsmediziner Michael Tsokos 2018 die alten Akten

ausgewertet. Ihm zufolge könnten die auf Fotos dokumentierten Verletzungen am Hals von Domaschk auch von einem „Erdrosseln von hinten“ verursacht worden sein. An der Todesursache Erhängen habe er „einige Zweifel“.

Historiker Pietzsch kommt daher zu dem Ergebnis, dass der Tod von

Matthias Domaschk weiter nicht geklärt ist. „So kann es nicht gewesen sein“, sagt er über die von der Stasi protokollierten Abläufe. „Ich gehe nicht von vorsätzlichem Mord aus. Es könnte auch ein Unfall gewesen sein“, so der Historiker im Gespräch mit unserer Zeitung. In seinem Buch werden ebenfalls Hinweise dargelegt,

die einen Suizid trotzdem denkbar erscheinen lassen. Auch in diesem Fall hätten die Stasi-Leute ein Motiv, ihre Darstellung der Umstände zu schönen, um ihre Hände in Unschuld zu waschen. Das freilich kann ihnen nicht gelingen: Die Verhaftung der beiden jungen Männer war selbst nach DDR-Maßstäben willkürlich, es lag nichts gegen sie vor, die Umstände der Verhöre erfüllten nicht rechtsstaatliche Bedingungen. Insofern wurde der junge Jenaer Vater mindestens in den Tod getrieben. Die Prenzlauberberg-Nachrichten formulierten es 2013 in der Überschrift ihres Artikels über Matthias Domaschk so: „Todesursache: Andere Meinung“.

Das Schweigen bleibt

Die Recherchen von Historiker Pietzsch, die auch in einen Dokumentarfilm einfließen, erfolgten innerhalb der von der Thüringer Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe „Tod von Matthias Domaschk“. Die Arbeitsgruppe war seit 2015 tätig. Sie ist eine Folge des Versprechens von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), dass seine rot-rot-grüne Koalition sich umfassend der DDR-Aufarbeitung stellen werde.

„Die Unterstützung durch die Staatskanzlei war außergewöhnlich gut“, lobt Pietzsch. Das hätten sich die Beteiligten, darunter die frühere Lebensgefährtin Domaschks, Renate Ellmenreich, schon von früheren Landesregierungen gewünscht. Zwar sei jetzt die Recherche der Fakten abgeschlossen. Die gesellschaftliche Beschäftigung mit dem Tod von Matthias Domaschk müsse aber weitergehen. Pietzsch fordert, dass Thüringen die dem Land zufließenden Gelder aus dem SED-Vermögen in die DDR-Aufarbeitung steckt.

Eines ist Ministerpräsident Ramelow offenbar aber nicht gelungen: „Münder zu öffnen“, wie es der DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann in einem Gespräch mit Ramelow gefordert hatte. Eppelmann meinte damit, dass der Ministerpräsident versuchen solle, frühere Stasi-Mitarbeiter, die der Linken politisch ja eher nahe stehen, zum Reden zu bringen. Die Arbeitsgruppe konnte Pietzsch zufolge aber nicht mit dem Offizier reden, der Domaschk als letzter verhörte. Er sei die hauptbelastete Person. Auch andere Offiziere hätten auf Anfragen nicht reagiert, bedauert Historiker Pietzsch.

Sein Appell an die damals beteiligten Stasi-Leute lautet daher: Endlich darüber zu sprechen, was sich an jenem 12. April im Untersuchungsgefängnis Gera wirklich ereignet hat.

■ **Henning Pietzsch: Matthias Domaschk 2.0 – Suizid oder Mord in Stasi-Haft 81? Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.**

500 Millionen Euro sollen die Thüringer Wälder retten

Erfurt – Thüringen startet ein Notfallprogramm gegen das Waldsterben durch Trockenheit und Borkenkäferbefall. Für die Bergung abgestorbener und von Schädlingen befallener Bäume sowie die Pflanzung von 200 Millionen Bäumen müssten in den kommenden zehn Jahren rund 500 Millionen Euro eingesetzt werden, teilte die Staatskanzlei am Dienstag nach einem Krisentreffen in Erfurt mit. Dazu hatte Regierungschef Bodo Ramelow (Linke) fünf Minister sowie Vertreter der Landesforstanstalt eingeladen. Nicht ausgeschlossen wurde ein Nachtragshaushalt für 2020, um die Aufgaben finanzieren zu können.

Nach Schätzungen werden in Thüringen allein bis Jahresende etwa 600 000 Buchen wegen Trockenheit absterben und fünf bis sechs Millionen Fichten Opfer des Borkenkäfers. Viele Fichten würden quasi verdursten und hätten dadurch kaum Abwehrkräfte gegen den Käferbefall, hieß es nach der Sitzung.

Nachdem die toten Bäume aus den Wäldern geräumt sind, gehe es im zweiten Schritt um die Wiederaufforstung mit klimabeständigeren Baumarten, aus denen Mischwälder entstehen sollen, die dem Klimawandel besser trotzen können. Derzeit haben Fichten einen Anteil von 40 Prozent an dem Baumbestand in Thüringen, Buchen 20 Prozent.

Nicht gerüttelt werden soll an der lange diskutierten Entscheidung der rot-rot-grünen Landesregierung, fünf Prozent der Waldfläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen. Das geht aus dem Papier mit dem Titel „Aktionsplan Wald 2030“ hervor, das die Staatskanzlei veröffentlichte. Diese Flächen sollen sich zu Urwäldern entwickeln. Fallbezogen solle geprüft werden, ob partielle Eingriffe nötig sind, um Gefahren beispielsweise durch morsche Bäume oder Brände zu verhindern.

Zudem sollen Löschteiche in den Dörfern saniert, die Ausrüstung von Feuerwehren zur Waldbrandbekämpfung ergänzt und Förderprogramme für private und kommunale Waldbesitzer vereinfacht und ergänzt werden, geht aus dem Papier hervor. Außerdem will die Landesregierung private Waldbesitzer stärker als bisher in die Pflicht nehmen, von Schädlingen befallene Bäume aus ihren Wäldern zu bringen, um ein Übergreifen auf weitere Baumbestände zu verhindern.

Der Aktionsplan soll laut Staatskanzlei voraussichtlich in der kommenden Woche vom Kabinett beschlossen werden. Runde 550 000 Hektar der Thüringer Landesfläche sind mit Wald bedeckt. *dpa/jol*

Die „Schmalkalder Erklärung“ will die Mauer einreißen

Existiert auch 30 Jahre nach dem Mauerfall noch immer eine Mauer in den Köpfen der Menschen? Und wie ist das Gefühl der Ungleichheit zu erklären? Ein Thesen-Papier aus Schmalkalden will nun wachrütteln.

Schmalkalden – Der Zustand Deutschlands 30 Jahre nach dem Mauerfall ist beängstigend, schreiben die Initiatoren der Schmalkalder Erklärung in ihrem Papier. Sie ist das Ergebnis einer Gesprächsrunde, zu der Schmalkaldens Stadtschreiber Hannes Hofmann im Juli prominente Ostdeutsche nach Südthüringen eingeladen hatte. Unter dem Titel „Die Mauer muss weg!“ hatten sie über die aktuellen Probleme im Land diskutiert und am Ende vereinbart, sich mit einer gemeinsamen Erklärung an die Politik zu wenden. Diese „Schmalkalder Erklärung“ liegt nun vor. Der Zustand Deutschlands trägt dazu bei, dass sich Fronten verhärten und von Populisten aller Couleur neue Mauern in den Köpfen errichtet werden. Das muss sich ändern“, schreiben die Initiatoren. In dem

Papier heißt es außerdem: „In vielerlei Hinsicht zeigen die regionalen Muster nach wie vor die einstige Teilung zwischen DDR und alter Bundesrepublik – so, als ob die Mauer noch stünde.“

Zu den Unterzeichnern gehören Skisprunglegende Jens Weißflog, die Tochter der verstorbenen brandenburgischen SPD-Politikerin Regine Hildebrandt, Frauke Hildebrandt, der Schriftsteller Landolf Scherzer, Adriana Lettrari vom Netzwerk 3te Generation Ostdeutschland und der Philosoph und Ex-Kulturstaatssekretär von Sachsen-Anhalt, Jan Hofmann.

Neun Punkte formuliert

Frauke Hildebrandt, Mitinitiatorin der Gesprächsrunde, erklärte zur Veröffentlichung der Erklärung: „Es geht uns bei unseren Vorschlägen in der Erklärung nicht um Jammerei, aber auch nicht um Vorschläge zur Zahlenkosmetik, um die allbekannten Differenzen zwischen Ost und West auszugleichen. Uns geht es um den Bestand der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland. Dazu haben wir nun unsere Vorschläge gemacht. Jetzt haben auch führende Politiker, wie beispielsweise der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow und auch der Bundespräsi-

dent unser Papier auf dem Tisch. Wir sind sehr gespannt auf deren Reaktion.“

Neun Thesen haben die Unterzeichner der Erklärung zusammengefasst. Unter Punkt 7 heißt es zum Beispiel: „Die Geschwindigkeit der deutschen Vereinigung zog eine Vielzahl von Ungerechtigkeiten nach sich, die die Biographien einzelner Menschen oder Gruppen von Menschen stark beeinflusst haben. Eine öffentliche Wertschätzung durch einen herausragenden Repräsentanten der Bundesrepublik, die auf Respekt und Anerkennung von Lebensleistungen abzielt, ist ein nötiger und wertvoller Akt.“ Frauke Hildebrandt hatte diesen Punkt bei der Gesprächsrunde im Juli am Beispiel ihrer Tante verdeutlicht, die Wissenschaftlerin in der Krebsforschung gewesen sei. Diese habe erlebt, wie ihr Institut von einer westdeutschen Einrichtung übernommen worden sei und dann Mitarbeiter aus Westdeutschland ihre eigene Arbeit fortgesetzt hätten. Die Tante selbst sei arbeitslos geworden, nicht etwa wegen fehlender wissenschaftlicher Qualifikation, sondern weil sie das Pech hatte, dass in der DDR nun einmal Russisch die vorherrschende Fremdsprache war, nicht Englisch. „Meine Tante wählt zum Glück nicht die AfD“, erklärte Hildebrandt, doch bis



Jens Weißflog, Landolf Scherzer, Frauke Hildebrandt und Jan Hofmann gehören zu den Unterzeichnern der Schmalkalder Erklärung. *Archivfoto: fotoart-af.de*

heute sei sie verbittert über die damals gemachte Erfahrung. Und so gehe es vielen Menschen in Ostdeutschland auch 30 Jahre nach dem Mauerfall noch immer.

Die Unterzeichner der Erklärung fordern zudem, dass vor allem ostdeutsche Eliten bei den anstehenden Veränderungen in Deutschland eine Schlüsselrolle einnehmen sollten. „Besonders Menschen im Altersbereich zwischen 40 und 50 Jahren, die ihre ersten Lebensjahre in Ost-

deutschland verbracht haben und ihre spätere Ausbildung vollständig im vereinigten Deutschland oder international absolvierten, verfügen über eine einzigartige Transformationskompetenz, die ihnen ein tatsächliches Alleinstellungsmerkmal auf nationalen und internationalen Arbeitsmärkten und in der Politik einträgt“, heißt es in dem Papier.

Umstritten in der Gesprächsrunde war unter den Teilnehmern die Forderung nach Ost-Quoten in öffentli-

chen Verwaltungen und bei Führungspositionen in Politik und Wirtschaft. Daher findet sich dieser Punkt auch in einer eher unpräzisen Formulierung im Papier wieder: „Der gegenwärtige machtpolitische Zustand ist änderbar, durch politische Maßnahmen gegen die Minderrepräsentanz im Bund und in den Ländern, in Verwaltung, Medien, Justiz und Wissenschaft. Hier ist von Selbstverpflichtungen bis hin zu einer Ostquote alles möglich. Moderater Grundsatz könnte sein, dass bei Neubesetzungen von Stellen und bei gleichen Qualifikationsvoraussetzungen der/die Ostdeutsche zu bevorzugen ist.“ Außerdem fordern die Autoren die staatlich geförderte Ansiedlung großer Wirtschaftsunternehmen im Osten.

Die Begründung ihrer Forderung liefern sie gleich mit: „Gesellschaftliche Verwerfungen haben Folgen: In den neuen Ländern finden sich zu wenig ostdeutsche Aufstiege, zu wenig ostdeutsche Karrieren, zu wenig Führungskräfte aus den neuen Ländern. Dieses Vakuum an Vorbildern mit ostdeutschem soziokulturellen Hintergrund, die unsere Gesellschaft tragen könnten, schafft Raum für demokratiefeindliche Parolen. Denn wer drei Jahrzehnte lang so gut wie keine Macht hat, resigniert oder reagiert hilflos wütend.“ *jol*